

AMT DER
VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

PrsG-4473

Bregenz, am 12.3.1985

An das
Bundesministerium
für soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 W i e n

ENTWURF
Zl. 2 GE/1985
Datum: 18. MRZ. 1985
Verteilt 19. MRZ. 1985

Betrifft: Bundesgesetz über die Nachtarbeit der Frauen, Änderung,
Entwurf, Stellungnahme

Bezug: Schreiben vom 21.12.1984, Zl. AV 31.250/63-V/2/1984

Zum übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Bundesgesetz über die Nachtarbeit der Frauen geändert wird,
wird Stellung genommen wie folgt:

1. Ein besonderer arbeits- und sozialrechtlicher Schutz der
Frau stellt zweifellos eine sozialpolitische Notwendigkeit
dar. Dieser Schutz darf jedoch in der Alltagswirklichkeit
nicht zu einer Benachteiligung der Frau oder zu einer Gefähr-
dung sozialer Einrichtungen führen. Nach unserer Überzeugung
ist diese Gefahr bei der in der Z. 9 des Entwurfes vorgesehe-
nen Regelung gegeben.
 - a) Der Genehmigungsvorbehalt für die Tätigkeit von Frauen
in den genannten sozialen Einrichtungen mutet den Frauen
in ihren selbstgewählten beruflichen Tätigkeiten eine
nicht notwendige Einschränkung und Abhängigkeit zu. Die
Regelung ist mit dem gerechtfertigten Streben der Frau
nach Selbstverwirklichung und Partnerschaft im Arbeits-
bereich kaum in Einklang zu bringen.

- 2 -

- b) Die beabsichtigte Bewilligungspflicht bedeutet eine weitere unnötige Zentralisierung und Verbürokratisierung im Sozialbereich. Die Regelung bedeutet für eine Reihe von privaten Einrichtungen in Vorarlberg, daß sie in ihrer Personalhoheit vermehrt vom Ermessen einer zentralen Instanz, nämlich des Bundesministers für soziale Verwaltung, und von Gremien der gesetzlichen Interessenvertretungen abhängig werden. Dabei ist im übrigen nicht einzusehen, warum diese Beschränkungen nur bei privaten Einrichtungen bestehen sollen.
 - c) Schließlich ist auch auf einen allgemeinen beschäftigungspolitischen Gesichtspunkt zu verweisen. Bei der derzeitigen Lage des Arbeitsmarktes wäre es im Interesse der Arbeitssuchenden sinnvoller, durch die Ermöglichung flexibler Arbeitszeiten Anreize für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu geben.
2. Es wird daher beantragt, anstelle des in der Z. 9 des Entwurfes vorgesehenen Bewilligungsverfahrens so wie bei den Lehr-, Erziehungs- und Bildungstätigkeiten (§ 2 Abs. 2 lit. q) eine gänzliche Ausnahme der näher angeführten Tätigkeiten im Sozialbereich vom Nachtarbeitsverbot vorzusehen. Dessen unbeschadet wird jedenfalls die für die Bewilligungserteilung vorgesehene Zuständigkeit des Bundesministers für soziale Verwaltung als unnötige Zentralisierung entschieden abgelehnt. Eine Zuständigkeit des Landeshauptmannes brächte eine wesentliche Erleichterung für die Betroffenen.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

gez. Dr. Guntram Lins
(Landesrat)

- a) Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das
Präsidium des Nationalrates
1017 W i e n
(22-fach)
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanz-
leramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
1010 W i e n
- d) An alle
Ämter der Landesregierungen
z.Hd.d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung
1014 W i e n
- f) An das
Institut für Föderalismusforschung
6020 I n n s b r u c k

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:
gez. Dr. A d a m e r

F.d.R.d.A.

